

# Die Wurzeln des „alten Europa“ im amerikanischen Jahrhundert

Von Anselm Doering-Manteuffel

Die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert ist uns überwiegend aus zwei Gesichtswinkeln vertraut. Eine Perspektive erfasst die „Europaideen“ von den Paneuropa-Vorstellungen des Grafen Coudenhove-Kalergi aus den 1920er Jahren über Konzepte von „Mitteleuropa“ in der Zwischenkriegszeit, die sich aus dem 19. Jahrhundert herleiteten: Hier waren es vor allem Personen aus den deutschsprachigen Ländern der Habsburger Monarchie, die nach 1918 neue Wege suchten, um den Verlust des nicht-nationalen Staates der Habsburger zu kompensieren.<sup>1</sup> Dann gab es die Abendland-Bewegung, die nach 1945 das sog. „christliche Abendland“ propagierte, es gegen den bolschewistischen „Osten“ stellte und zugleich vom marktliberalen kapitalistischen, amerikanischen Westen abgrenzte.<sup>2</sup> Schließlich tauchte noch eine andere Idee von Europa auf: Das war die westlich-liberal eingefärbte Vorstellung, dass „Europa“ und die westliche parlamentarische Demokratie zusammengehörten. Das Europäische Parlament in Straßburg ging 1958 daraus hervor.<sup>3</sup>

Die andere Perspektive erfasst die Geschichte der europäischen Integration. Hier geht es um die ersten Schritte zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, um die Suche nach politischer und militärischer Integration bis hin zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957, deren Zusammenfassung mit Euratom und Montanunion zur EG, der Europäischen Gemeinschaft, und dann die Überleitung in die EU unserer Tage. Die Anfänge der europäischen Integration sucht man zumeist im Zweiten Weltkrieg, entweder im Bereich des europäischen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Besetzung Westeuropas oder im Bereich der Kooperation von deutschen, belgischen und französischen Industriellen.<sup>4</sup>

---

1 Vanessa CONZE, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005.

2 Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999.

3 Otto SCHMUCK, *Das Europäische Parlament. Vom Gesprächsforum zum Mitgestalter europäischer Politik*, Bonn 1989; vgl. Ernst KUPER/Uwe JUN (Hg.), *Nationales Interesse und integrative Politik in transnationalen parlamentarischen Versammlungen*, Opladen 1997.

4 Walter LIPGENS, *Europa-Förderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation*, München 1968; DERS., *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950*, Stuttgart 1977; Wilfried LOTH, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, Göttingen 1990; Franz KNIPPING, *Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas*, München 2004.

Beide Sichtweisen, die ideengeschichtliche und die integrationsgeschichtliche, überspielen jedoch die strukturellen Zusammenhänge, mit denen sie verknüpft waren. Sowohl die „Ideen von Europa“ als auch die Überlegungen zur Integration von Institutionen wurzelten in Strukturen, die sich im Ersten Weltkrieg herausbildeten und ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Diese gewissermaßen „dritte“ Perspektive bestimmt den Gedankengang des vorliegenden Aufsatzes. Sie erfasst den Zeitraum vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zu den 1950er/1960er Jahren und die Problemgeschichte der westeuropäischen Integration. Denn das Europa, das in Rede steht, wenn man von Integration spricht, war bis in die 1990er Jahre Westeuropa.

Bevor wir uns der Verlaufsgeschichte zuwenden, gilt es allerdings, die beiden Begriffe des Aufsatztitels näher zu betrachten, denn sie bilden das Magnetfeld meines Themas.

## I.

Was ist gemeint mit dem „alten Europa“, und was besagt das „amerikanische Jahrhundert“? Die Rede vom „alten Europa“ prägte Donald Rumsfeld, der Verteidigungsminister von Präsident George W. Bush, der in der Anbahnungsphase des Angriffs auf den Irak gegen die Europäer, insbesondere Frankreich und Deutschland, Stellung bezog. Die neuen Mitgliedstaaten der EU und der NATO, zumal die Osteuropäer, erhielten dagegen viel Lob. Sie seien es, die jetzt „Europa“ repräsentierten, sagte Rumsfeld, weil sie sich bereitwillig – wie ehemals die Westeuropäer im Kalten Krieg – hinter der Fahne der Vereinigten Staaten sammelten. Frankreich und Deutschland hingegen hatten den USA die Gefolgschaft im Irakkonflikt versagt, indem die Staats- oder Regierungschefs beider Länder die amerikanische Außenpolitik scharf kritisierten. In aller Öffentlichkeit nutzten Chirac und Schröder den damals europaweit verbreiteten Antiamerikanismus als gleichermaßen sicherheitspolitisches wie populistisches Argument. Die amerikanische Seite schlug zurück, indem sie Frankreich und Deutschland zu verstehen gab, dass beide Länder nicht länger für die Außen- und Militärpolitik der USA benötigt würden. Das Gravitationszentrum des heutigen NATO-Europa, betonte Rumsfeld, verschiebe sich nach Osten. Punktum.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> “Now, you’re thinking of Europe as Germany and France. I don’t. I think that’s old Europe. If you look at the entire NATO Europe today, the center of gravity is shifting to the east ...” Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld, 22. Januar 2003. United States Department of Defense. News Transcript, S. 9: [http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/t01232003\\_t0122sdfpc.html](http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/t01232003_t0122sdfpc.html).

Es gilt darüber nachzudenken, was sich hinter dem Begriff „altes Europa“ eigentlich verbirgt. Sicherlich hat Rumsfeld seine Aussage ohne zeithistorische Überlegung getan. Aber bei näherem Hinsehen deckt sie eine Schicht aus der Entstehungsgeschichte der europäischen Integration auf, die das gesamte 20. Jahrhundert durchzieht und die wir zum Verständnis der heutigen Probleme mit der Ausweitung der europäischen Integration kennen sollten.

Doch zuvor zum anderen Begriff unseres Themas: Was ist das „amerikanische Jahrhundert“? Es bezeichnet im allgemeinen das von Eric Hobsbawm so genannte „kurze 20. Jahrhundert“ vom Ersten Weltkrieg bis 1990.<sup>6</sup> Mit dem „amerikanischen Jahrhundert“ ist allerdings auch der Sachverhalt angesprochen, dass – langsam beginnend seit etwa 1900, von 1917/18 an stärker spürbar und dann ab 1941 durchgreifend – die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Industriestaaten rund um den Globus von amerikanischen Einflüssen gekennzeichnet war.<sup>7</sup> Ab 1945/50 galt das in besonderem, historisch einmaligem Ausmaß auch für die politische und gesellschaftliche Entwicklung in den Ländern des „Westens“ im Ost-West-Konflikt, Japan eingeschlossen. In Westeuropa waren diese Einflüsse von 1945/50 bis in die 1980er Jahre schlechthin dominierend. Die amerikanischen Vorstellungen von der Ordnung der Wirtschaft, von politischer Ordnung und gesellschaftlicher Steuerung und schließlich die ideologische Begründung solcher Ordnungssysteme wurden in den westlichen Ländern rezipiert und in die jeweiligen nationalkulturellen Kontexte eingepasst.

Die USA waren das reichste, das fortschrittlichste, das mächtigste und das effizienteste Land im Kreis der Industrienationen nicht erst nach 1945. Der Begriff „das amerikanische Jahrhundert“ bezieht sich auf diesen Sachverhalt und umfasst die Anbahnungsphase der US-amerikanischen Welt dominanz in den Jahrzehnten von der Jahrhundertwende um 1900 bis 1945 sowie die Vorherrschaft im Westen in den Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts von 1945/47 bis 1990. Als nach 1990 die engen Bindungen zwischen den USA und Westeuropa lockerer zu werden begannen, als die amerikanische Außenpolitik immer weniger Bündnispolitik, immer weniger Politik innerhalb der Vereinten Nationen und mit ihnen war, sondern mehr und mehr die Züge eines macht-

---

6 Eric HOBBSAWM, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, London 1994; vgl. Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Das schwarze Jahrhundert und sein „Goldenes Zeitalter“*. *Eric Hobsbawms Deutung der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: *Neue Politische Literatur* 42 (1997), S. 365–377.

7 Emily ROSENBERG, *Spreading the American Dream. American Economic and Cultural Experiences 1890–1945*, New York 1982; Tony SMITH, *America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*, Princeton, N. J. 1994; Frank NINKOVICH, *The Wilsonian Century. U. S. Foreign Policy since 1900*, Chicago/London 1999; Klaus SCHWABE, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*, Paderborn u.a. 2006.

und vorteilsorientierten Unilateralismus entwickelte, ging eine Epoche zu Ende. Ob dies nun das „amerikanische Jahrhundert“ war, was da zu Ende ging, können wir heute noch nicht erkennen, obwohl einige Anzeichen dafür sprechen. Was aber zu Ende ging, war die Epoche der US-amerikanischen Partnerschaft mit Westeuropa im Sinne von Rumsfelds „old Europe“. Die historischen Wurzeln dieser konfliktreichen Partnerschaft reichen zurück bis in den Ersten Weltkrieg.

Dem Prozess dieser amerikanischen Durchformung Westeuropas gelten die nachfolgenden Überlegungen. Wie kam sie zustande, wie sah sie aus, und was hatte sie für Folgen?

Als Ausgangshypothese sei gesagt, dass der amerikanische Einfluss auf Europa immer von wirtschafts- und handelspolitischem Interesse gesteuert wurde. Im Zentrum stand einerseits die maßgebliche Industrie des 20. Jahrhunderts – die Montanindustrie. Die Chemiebranche, die später hinzukam, wird nur am Rande mit einbezogen.<sup>8</sup> Andererseits bildete der maßgebliche machtpolitische Faktor, der Kampf zwischen Deutschland und Frankreich um die kontinental-europäische Kohle- und Stahlindustrie, den Mittelpunkt. Der französisch-deutsche Ressourcenkampf im montanindustriellen Bereich wirkte gewissermaßen als Antriebsriemen der amerikanischen Europapolitik.<sup>9</sup> Dass diese Politik weit mehr bewirkt hat als eine Regelung des bilateralen französisch-deutschen Problems, gehört mit ins Bild, denn die europäische Integration im heutigen Maßstab ist daraus hervorgewachsen – die wirtschaftliche, außen- und sicherheitspolitische Integration, die verfassungspolitische und sozialpolitische Kompatibilität zwischen den Gründungsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957, und die Europäisierung der verschiedenen Nationalkulturen in Westeuropa. All das ist aufs engste mit den amerikanischen Einflüssen des mittleren 20. Jahrhunderts verbunden.<sup>10</sup>

Die Tatsache, dass heute ausgerechnet Frankreich und Deutschland zusammen mit Italien und den Beneluxländern die größten Schwierigkeiten haben, ihre Volkswirtschaften und sozialen Sicherungssysteme den neuen Bedingungen der globalisierten Weltwirtschaft anzupassen, hat ihren Grund in den Aus-

---

8 Gottfried PLUMPE, *Ansätze zur Zusammenarbeit zwischen der deutschen und französischen Chemieindustrie vor und nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Yves COHENS/Klaus MANFRASS (Hg.), *Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 224–233; DERS., *Die I. G. Farbindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904–1945*, Berlin 1990.

9 Melvyn LEFFLER, *The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919–1933*, Chapel Hill 1979; Frank COSTIGLIOLA, *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919–1933*, Ithaca/London 1984; vgl. auch Werner LINK, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32*, Düsseldorf 1970.

10 John GILLINGHAM, *European Integration 1950–2003. Superstate or New Market Economy?*, Cambridge 2003.

gangsbedingungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957.<sup>11</sup> Diese ging aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der sogenannten Montanunion des Jahres 1951, hervor.<sup>12</sup> Die Montanunion entstand auf amerikanischen Druck hin auf dem sozialökonomischen Planungsraster des Marshallplans von 1947.<sup>13</sup> Der Marshall-Plan wiederum schloss die zu einer Handlungskonzeption verdichtete Erfahrung der Zeitgenossen des Zweiten Weltkriegs mit Industriekartellen, mit der Weltwirtschaftskrise und mit den französisch-deutschen Ressourcenkämpfen um Kohle und Stahl in der Zwischenkriegszeit in sich.<sup>14</sup> Die Weltwirtschaftskrise sowie die Ressourcenkämpfe zwischen Frankreich und Deutschland wiederum resultierten aus den Regelungen des Versailler Friedensvertrags von 1919, dessen Rahmenbedingungen die USA unter Präsident Woodrow Wilson maßgeblich mitverantworteten.<sup>15</sup> Aus diesem kurzen Krebsgang rückwärts von heute bis zum Ersten Weltkrieg lässt sich erahnen, was es mit dem „alten Europa“ und dem „amerikanischen Jahrhundert“ auf sich hat.

Wichtig ist noch ein anderer Aspekt. Das Europa, von dem hier die Rede ist, war immer Kontinentaleuropa. Großbritannien verstand sich als eigenständige Weltmacht und Partner der USA. Es spielte gegenüber Kontinentaleuropa eine Sonderrolle, obwohl die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in England seit dem Ersten Weltkrieg bis heute viele Parallelen gerade mit einem kontinentaleuropäischen Land aufweist, nämlich mit Deutschland.

## II.

Die strukturellen und ereignisgeschichtlichen Bedingungen sind zuerst zu skizzieren, um den Gegenstand angemessen zu erfassen. In Kontinentaleuropa gibt

---

11 Vgl. Gilbert TRAUSCH (Hg.), *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom. Pläne und Initiativen, Enttäuschungen und Mißerfolge*, Baden-Baden 1993.

12 Werner BÜHRER, *Die Montanunion – ein Fehlschlag? Deutsche Lehren aus der EWG und die Gründung der EWG*, in: EBD., S. 75–90; DERS., *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952*, München 1986.

13 Michael J. HOGAN, *The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1945–1952*, Cambridge 1987; Ludolf HERBST/Werner BÜHRER/Hanno SOWADE (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt*, München 1990.

14 Alan S. MILWARD, *The Reconstruction of Western Europe 1945–1951*, London 1984; LOTH, *Der Weg nach Europa* (wie Anm. 4); KNIPPING, *Rom, 25. März 1957* (wie Anm. 4).

15 Thomas J. KNOCK, *To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*, Princeton, N. J. 1992; Charles S. MAIER, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I*, Princeton, N. J. 1988; als bester neuer Überblick: Zara STEINER, *European International History 1919–1933*, Oxford 2005.

es zwei Großregionen der Montanindustrien. Das sind im Westen die Bereiche beiderseits des Rheins von Lothringen bis nach Westfalen und im Osten das Grenzgebiet von Böhmen bis nach Galizien mit dem Zentrum in Oberschlesien. Weiter östlich wäre das Donezbecken in der südlichen Ukraine zu nennen, aber das spielt für das Europa im „amerikanischen Jahrhundert“ keine Rolle. Wichtig ist hier allein die westeuropäische Montanregion.

Als die Industrialisierung in den 1850er/1860er Jahren auf dem Kontinent eingesetzt hatte, markierte der deutsch-französische Krieg von 1870/71 eine wichtige Weichenstellung. Denn er zog nicht nur die Gründung des Deutschen Reichs im Januar 1871 nach sich, sondern brachte mit der Annexion von Elsass-Lothringen einen beträchtlichen Teil des französischen Montanreviers unter deutsche Kontrolle. In der Phase der Hochindustrialisierung von den 1880er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg entstand deshalb eine enge wirtschaftliche Beziehung zwischen der Schwerindustrie des Ruhrgebiets und derjenigen Nordfrankreichs einschließlich jener Areale, die außerhalb des deutschen Einflussbereichs lagen. Im Ersten Weltkrieg versuchte die deutsche Besatzung in Belgien und Nordfrankreich, die dortige Schwerindustrie weitestgehend der deutschen Rüstungsproduktion nutzbar zu machen und beutete die Stahlwerke rücksichtslos aus.<sup>16</sup>

1918 hatte Deutschland Elsass-Lothringen wieder an Frankreich zurückzugeben und musste Reparationen leisten, zu denen von Anfang an beträchtliche Lieferungen von Ruhrkohle und Koks an Frankreich zählten. Jetzt versuchte nun der französische Staat, das Ergebnis von 1870/71 umzudrehen und das Ruhrgebiet unter französische Kontrolle zu bringen. Daraus entstand ein verbissener Kampf zwischen den verfeindeten Ländern um die jeweiligen Montanressourcen, und zwar als Kampf zwischen den Staaten und Regierungen. Dieser Kampf gipfelte 1923 in der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebiets.<sup>17</sup> Das Deutsche Reich reagierte mit dem „passiven Widerstand“, konnte ihn aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht durchhalten und brach im Herbst 1923 in der Hyperinflation zusammen. Aber auch Frankreich erreichte sein Ziel nicht, es hatte weder wirtschaftlich noch annexionspolitisch etwas gewonnen. Die Kontrolle über die Ruhrindustrie blieb dem französischen Staat versagt. Auf Druck seiner Verbündeten – Großbritannien und USA – musste Frankreich sich aus dem rheinisch-westfälischen Industrieviertel zurückziehen. Vor allem die Amerikaner hinderten Frankreich daran, seine „Politik der Hin-

---

16 Raymond POIDEVIN/Jacques BARIÉTY, *Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975*, München 1982; Frank WENDE, *Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkrieges*, Hamburg 1969.

17 Gerd KRUMEICH/Joachim SCHRÖDER (Hg.), *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen 2004.

richtung“<sup>18</sup> gegen Deutschland fortzusetzen. Das Interesse der Amerikaner und Briten galt dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, weil beide das Deutsche Reich als die unverzichtbare zentrale Industriemacht Europas betrachteten.

Nach dem Rückzug des französischen Staates aus dem Ruhrgebiet kam es dann folgerichtig zur vorläufigen Neuregelung des Reparationsproblems im „Dawes-Plan“ von 1924 und zur politischen Umsetzung des erhofften Ausgleichs zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Das war der Vertrag von Locarno vom Herbst 1925, in dem Deutschland die Unverletzlichkeit der Westgrenze garantierte. Anders gesagt: Der deutsche *Staat* verzichtete völkerrechtlich darauf, seine Hand erneut nach dem belgisch-französischen Industrievier auszustrecken.<sup>19</sup> Dieser Kompromiss war den europäischen Gegnern Frankreich und Deutschland vom amerikanischen Mentor mit allem Nachdruck nahegebracht worden. Die USA waren allerdings nicht bereit, sich außenpolitisch – also staatlich – in stärkerem Maß in Europa zu engagieren,<sup>20</sup> was sie im Zweiten Weltkrieg als schweren Fehler erkannten. 1924 und 1925, nach den Regelungen des Dawes-Planes und des Locarno-Vertrags, ergab sich die Situation, dass die Politik der Staaten (USA, Frankreich, Großbritannien, Deutsches Reich) und die Politik der Industrieunternehmen auseinander drifteten. Denn die Anerkennung der Westgrenze durch das Deutsche Reich verminderte zwar die außenpolitischen Spannungen und publizistischen Feindseligkeiten zwischen Frankreich und Deutschland, aber sie löste nicht das Problem, wie deutsche Kohle ins lothringische Stahlrevier gebracht werden konnte, und in welcher Region (Nordfrankreich oder Westdeutschland) aus lothringischem Erz und deutscher Kohle nun Eisen und Stahl produziert würden.<sup>21</sup>

Deshalb entwickelte sich seit den mittleren 1920er Jahren eine neue Zusammenarbeit zwischen den Industrieunternehmen der deutschen und französ-

---

18 Anne LACROIX-RIZ, *Frankreich und die europäische Integration. Das Gewicht der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und Deutschland, 1920–1955*, in: *Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960*, hg. v. Thomas SANDKÜHLER (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 18), Göttingen 2002, S. 145–194, Zit. S. 148.

19 Peter KRÜGER, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 218–301.

20 COSTIGLIOLA, *Awkward Dominion* (wie Anm. 9), S. 11–139.

21 Jacques BARIÉTY, *Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum ‚Schwerindustriellen Projekt‘ des Versailler Vertrages*, in: Hans MOMMSEN u. a. (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 552–568; Clemens A. WURM, *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926*, Frankfurt/M. 1979; Ulrich NOCKEN, *Das Internationale Stahlkartell und die deutsch-französischen Beziehungen 1924–1928*, in: Gustav SCHMIDT (Hg.), *Konstellationen internationaler Politik 1924–1932. Politische und wirtschaftliche Faktoren in den Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten*, Bochum 1983, S. 165–202.

sischen Kohle- und Stahlbranche. Die Europäer, zu denen auf deutscher Seite neben Hugo Stinnes auch Konrad Adenauer gehörten, erkannten die Chance und nutzten sie.<sup>22</sup> Ihre Zusammenarbeit fußte auf der Grundlage der schwerindustriellen Vernetzung vor dem Ersten Weltkrieg. Sie blieb unverändert wirksam über die Schwelle von 1933 hinaus. Auch unter dem Nationalsozialismus setzte sich die Kooperation fort, und zwar nicht nur im Montanbereich, sondern auch in der seit den 1920er Jahren expandierenden Chemiebranche. Hier bauten sich bilaterale Industriekartelle auf, die in den dreißiger Jahren den Anspruch entwickelten, den europäischen Kontinent wirtschaftlich zu beherrschen und gegen Einflüsse von außen abzuschotten.<sup>23</sup>

Wir fassen hier als ersten Grundsachverhalt, der für die Geschichte nach 1945 von Bedeutung wurde, die Tatsache der Kartellbildung mit europaweitem Anspruch und der Absicht, die außereuropäische Konkurrenz fernzuhalten. Die 1930er Jahre bildeten die Konsolidierungsphase. Als Deutschland im Juni 1940 die westlichen Nachbarn überfiel und sehr schnell militärisch besiegte, setzte sich die industrielle Zusammenarbeit der französischen und deutschen Industrie unvermindert fort. Ja, sie nahm sogar an Intensität zu, und darin kam der zweite Grundsachverhalt ins Spiel, der über 1945 hinaus wirken sollte. Die intensivierte deutsch-französische industrielle Zusammenarbeit vollzog sich jetzt unter der Vormundschaft des deutschen Staates. Europaweite Kartellbildung und staatliche Förderung von Kartellen flossen jetzt zusammen. Das Ziel dahinter war die nationalsozialistische Vision eines europäischen Wirtschafts-Großraums, der vollständig unter deutscher Vorherrschaft stand und dem Ziel der völkisch-rassistischen Welteroberung durch das Großdeutsche Reich diente.<sup>24</sup>

Doch unabhängig von diesen ideologischen Zielen wurde die Zusammenarbeit verstärkt. Ab 1942 erörterten Denkschriften der deutschen Seite die wirtschaftliche Verschmelzung Lothringens mit dem rheinisch-westfälischen In-

22 Vgl. Peter WULF, *Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924*, Stuttgart 1979, S. 485–528; Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986.

23 Ulrich WENGENROTH, *Partnerschaft oder Rivalität? Die Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie vom späten 19. Jahrhundert bis zur Montanunion*; Hubert ROLSHOVEN, *Zwei Jahrhunderte Saar–Lor–Lux: Kohle und Stahl im Kreuzfeuer von Politik und Wirtschaft*. Intervention zum Referat von Ulrich Wengenroth, in: COHEN/MANFRASS, *Frankreich und Deutschland* (wie Anm. 8), S. 321–333.

24 Patricia COMMUN, *Von der deutschen Besatzung zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl? Lothringen und die deutsch-französische Handels- und Wirtschaftspolitik, 1931–1952*, in: *Europäische Integration* (wie Anm. 18), S. 195–221; zum ‚Großraum‘ in der weltanschaulichen Schulung der SS-Elite siehe Jens BANACH, *Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945*, Paderborn u. a. 1998, S. 114–121, bes. S. 117 und Anm. 113, S. 119; Hans UMBREIT, *Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 5.1: *Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941*, Stuttgart 1988, S. 3–345.



dustrievier. Die Zusammenarbeit der Kohle- und Stahlfirmen beider Seiten nahm kontinuierlich zu, und das hieß ja auch, dass sich Formen intensiver Kooperation zwischen Montanindustriellen und Wirtschaftsfachleuten der französischen, belgischen und deutschen Seite entwickelten. Diese Männer brauchten keine Nationalsozialisten zu sein, keine Kollaborateure mit dem Besatzungsregime der Deutschen und keine Parteigänger des Vichy-Régimes; manche waren es, manche nicht. Entscheidend wirkte sich aus, dass sie alle den Höhepunkt der bilateralen Feindschaft im Ersten Weltkrieg und während der Ruhrbesetzung miterlebt hatten und parallel von Sinn und Notwendigkeit einer Integration der lothringischen und rheinisch-westfälischen Montanindustrie überzeugt waren. Die Franzosen sahen das Gravitationszentrum einer solchen europäischen Montanindustrie natürlich in Lothringen, die Deutschen sahen es im Ruhrgebiet. Sie alle aber, diese Zeitgenossen beider Weltkriege, saßen nach 1945 an den Schalthebeln der montanindustriellen Integration. Jean Monnet, Robert Schuman, Paul-Henri Spaak waren wie einige Ruhrindustrielle oder wie Ludwig Erhard, der Wirtschaftsminister im deutschen Wiederaufbau, vor 1945 mit der Organisation und dem Ausbau des westeuropäischen Montankartells befasst.<sup>25</sup>

Hier kommen nun die Amerikaner ins Spiel. Auch auf amerikanischer Seite waren in allen Bereichen des militärischen Oberkommandos, der Administration in Washington, der Wirtschaftsplanung und der Besatzungs- und Wiederaufbauplanung in Europa Personen tätig, die seit dem Ersten Weltkrieg oder der Zwischenkriegszeit das Geschehen im europäisch-atlantischen Kontext selbst erlebt hatten. Auf dem Feld der Wiederaufbauplanung waren in Washington seit 1942 obendrein eine erhebliche Anzahl deutscher und europäischer Emigranten tätig, die den Wiederaufbau als Neuaufbau gestalten wollten. Für sie galt es als ausgemacht, dass die Handlungsprinzipien der Zwischenkriegszeit nicht wiederbelebt werden dürften: Unternehmenspolitik unterhalb staatlicher Einflussnahme, Kartellbildung zur Aushebelung der Kräfte des freien Marktes und ausländischer Konkurrenz, dies alles eingebettet in ein System von Nationalstaaten, in dem sich einige untereinander als Feindmächte gegenüberstanden – das sollte es in der Zukunft nicht mehr geben.<sup>26</sup>

Zwischen 1941/42 und 1945 entstanden die Konzepte für die US-amerikanische Europapolitik nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutsche Reich.<sup>27</sup> Sie knüpften dezidiert an die amerikanische Mission unter Wilson 1917/18 an, sie bezogen die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise von 1930 bis

---

25 COMMUN, *Von der deutschen Besatzung* (wie Anm. 24), S. 210–219.

26 Petra MARQUARDT-BIGMAN, *Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942–1949*, München 1995; Claus-Dieter KROHN/Martin SCHUMACHER (Hg.), *Exil und Neuordnung. Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945*, Düsseldorf 2000.

1933 ein und entwickelten aus beidem den Umriss des US-amerikanischen Vorgehens in Europa.<sup>28</sup> Am Anfang stand die Atlantik-Charta vom 14. August 1941, mit der Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt auf den deutschen Überfall auf die Sowjetunion reagierten. Die Atlantik-Charta baute unübersehbar auf Wilsons „Vierzehn Punkten“ vom 8. Januar 1918 auf, in denen der damalige US-Präsident den Umriss einer Weltfriedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg skizziert hatte – eine Ordnung auf der Grundlage von politischer Freiheit und Selbstbestimmung für alle Völker, das heißt von Demokratie und Nationalstaatlichkeit, sowie auf der Grundlage von wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung, mithin von Marktwirtschaft und einer Handelspolitik der „Offenen Tür“. Die Atlantik-Charta forderte nun zunächst den Verzicht auf territoriale Veränderungen, also den Verzicht auf Eroberung und Unterjochung, wie sie die Deutschen gerade in ganz Europa betrieben. Sodann wurde, im Anschluss an die „Vierzehn Punkte“, das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker hinsichtlich ihrer Regierungsform gefordert, womit natürlich die Demokratie gemeint war. Danach kamen die für uns entscheidenden Aussagen: gleichberechtigter Zugang aller Staaten – auch der Besiegten – zu den Rohstoffquellen und Teilnahme am Welthandel, sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Nationen. Zum Schluss ging es um den Aufbau einer Weltfriedensordnung und eines kollektiven Sicherheitssystems, wie es nach dem Vorbild des Völkerbundes dann 1945 in Gestalt der UNO verwirklicht wurde.<sup>29</sup>

Gleichberechtigter Zugang zu den Rohstoffquellen und Teilnahme aller Staaten am Welthandel, wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Nationen – das war eine unmissverständliche Absage an jede Art von Kartellbildung und an jede Art von wirtschaftlichem Großraum, der nach außen hin abgeschottet sein würde. Im Juli 1944 wurde auf der Konferenz von Bretton Woods an der amerikanischen Ostküste die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beschlossen. Das System von Bretton Woods sah feste Wechselkurse vor und ermöglichte nach 1945, vor allem in den 1950er Jahren, einen beispiellosen Ausbau des internationalen Handels und der Investitionen. Konzipiert vor dem Hintergrund des instabilen Weltwirtschaftssystems der zwanziger und dreißiger Jahre, wurde jetzt der US-Dollar zur Leitwährung überall

27 Jürgen HEIDEKING/Christof MAUCH (Hg.), *Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1993.

28 Zur Bedeutung der keynesianischen Wirtschaftstheorie für die amerikanische Europaplanung siehe Alan BRINKLEY, *The New Deal and the Idea of the State*, in: Steve FRASER/Gary GERSTLE (Hg.), *The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930–1980*, Princeton, N. J. 1989, S. 85–121; Ronald EDSFORTH, *The New Deal. America's Response to the Great Depression*, Malden, MA/Oxford 2000.

29 Douglas BRINKLEY (Hg.), *The Atlantic Charter*, Basingstoke 1994.

dort, wo die Prinzipien der Marktwirtschaft galten. Der Gegensatz zur Sowjetunion begann sich abzuzeichnen. Vor allem aber werden die Grundlagen der amerikanischen Nachkriegsordnung für Europa sichtbar: wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung für Sieger und Besiegte und die Organisation des Wirtschaftsraums Europa als offener Markt auf der Basis des Dollar als Leitwährung.<sup>30</sup>

Parallel zu diesen Plänen der politischen Positionierung als Wirtschaftsmacht nach dem Krieg liefen in Washington die Vorüberlegungen über den Umgang mit dem besiegten Deutschland.<sup>31</sup> Auch hier bildeten die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit die Grundlage. Natürlich stand von vornherein fest, dass Deutschland als besiegter Feindstaat zu behandeln sei, dass Kriegsverbrecher öffentlich zu verurteilen und zu bestrafen sein würden und die Bevölkerung auf entschiedene Weise entnazifiziert und politisch zur Demokratie hin umorientiert werden müsse. Wirtschaftlich und ordnungspolitisch stand aber gleichermaßen fest, dass Deutschland zum Wiederaufbau Europas herangezogen und deshalb keinesfalls wirtschaftlich durch Reparationen, Produktionsbeschränkungen und ähnliches eingeschränkt werden dürfe. Um den Wiederaufbau im amerikanischen Sinne in Gang zu bringen, musste dann auch jede Form von Kartellbildung unterbunden werden. Im Marshall-Plan vom April 1947 gaben die Vereinigten Staaten im Umriss das Handlungsmuster für die Europäer vor. Bis zu diesem Zeitpunkt war auch klar geworden, dass das entstehende Nachkriegseuropa unter amerikanischer Führung gegen die Sowjetunion errichtet werden und dass es auf die Teilung Deutschlands hinauslaufen würde. So wie sich die Dinge seit 1947 zeigten, konnte es nur aus den westeuropäischen Ländern bestehen. Das „alte Europa“, von dem Donald Rumsfeld 2003 abfällig sprach, entstand als das Westeuropa des Kalten Krieges.<sup>32</sup> Wir kommen gleich anschließend noch einmal darauf zurück.

Die Besonderheit des Marshall-Plans bestand nun darin, dass der amerikanische Staat den europäischen Regierungen (und nach seiner Ablehnung durch die Sowjetunion den westeuropäischen Regierungen allein) Wiederaufbauhilfe anbot unter der Bedingung, dass sie sich alle gemeinsam, Sieger wie Besiegte, an einen Tisch setzen und über die Verteilung der Gelder sowie über den Verteilungsmodus einvernehmlich verständigen würden. Das wirkte als Anstoß

---

30 Georg SCHILD, *Bretton Woods and Dumbarton Oaks. American Economic and Political Postwar Planning in the Summer of 1944*, New York 1995.

31 Alfons SÖLLNER, *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Bd. 1: *Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943–1945*, Bd. 2: *Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946–1949*, Frankfurt/M. 1986.

32 HOGAN, *The Marshall Plan* (wie Anm. 13); Charles S. MAIER/Günter BISCHOF (Hg.), *The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program*, New York 1991.

zur europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter klarer Einbeziehung der staatlichen Ebene.<sup>33</sup> Diese Art der Zusammenarbeit machte es erforderlich, dass die politische und wirtschaftliche Verfassung der beteiligten Länder kompatibel sein würde, anders gesagt: dass parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft die Ordnungsprinzipien in allen Ländern beim Wiederaufbau sein mussten. Italien und die deutschen Westzonen beziehungsweise die Bundesrepublik Deutschland als die beiden postfaschistischen Partnerländer in Westeuropa wuchsen auf diese Weise in die amerikanisch konzipierten Rahmenbedingungen innerer Ordnung nach dem Krieg hinein. Für Frankreich und die Beneluxländer galt die parlamentarische Demokratie ohnehin als feststehende politische Ordnung. Aber die marktwirtschaftliche Ordnung galt nicht unbedingt, zumal nicht in Frankreich, denn Paris hielt durchaus an den Vorstellungen eines französisch-deutschen Montankartells im Großwirtschaftsraum Westeuropa fest. Die amerikanische Politik hingegen zielte auf die Zerschlagung der europäischen Kartelle aus der Kriegs- und Vorkriegszeit. Noch 1949 wurde in der französischen Presse der Gedanke ventiliert, „ein großes Industriekombinat zu gründen, wozu die Stahl- und Kohleindustrie Lothringens, der Ruhr, Luxemburgs, Ostbelgiens und der südöstlichen Niederlande gehören würden.“<sup>34</sup>

Als die französische Regierung erkennen musste, dass die amerikanische Politik konsequent auf den Wiederaufbau Deutschlands und die Wiederherstellung der Ruhrindustrie als nationaler Standort für Kohle- und Stahlproduktion hinauslief, reagierte Frankreich im Mai 1950 mit dem sogenannten „Schuman-Plan“, benannt nach dem französischen Außenminister Robert Schuman, jedoch konzipiert von Jean Monnet, der einflussreichsten Persönlichkeit auf französischer Seite im bilateralen Montanverbund seit den 1930er Jahren.<sup>35</sup> Der Schuman-Plan sah vor, die gesamte deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame supranationale „Hohe Behörde“ zu stellen, die auch anderen europäischen Ländern offen stehen sollte. Dieses Projekt konzipierte eine mittlere Linie zwischen den französischen, amerikanischen und deutschen Interessen. Es hielt an dem Ziel der französischen Außenwirtschaftspolitik fest, der lothringischen Stahlindustrie den Zugang zu deutscher Kohle zu sichern und Frankreich gleichzeitig gegen eine deutsche wirtschaftliche Übermacht abzuschirmen, weil die Produktion beiderseits des Rheins von der supranationalen „Hohen Behörde“ (der Vorläuferin der heu-

33 A. BRINKLEY, *The New Deal* (wie Anm. 28); Wilfried LOTH, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955*, München 1980, Kap. 6–8; DERS., *Der Weg nach Europa* (wie Anm. 4).

34 Zit. n. COMMUN, *Von der deutschen Besatzung* (wie Anm. 24), S. 219.

35 Matthias KIPPING, *Zwischen Kartell und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944–1952*, Berlin 1996.

tigen EU-Kommission) kontrolliert werden sollte. Das amerikanische Interesse wurde dergestalt berücksichtigt, dass es keine bilateralen französisch-deutschen Absprachen auf der Ebene der Industrieunternehmen und keine Kartellbildung mehr geben sollte, sondern ein international wettbewerbsfähiges multilaterales System. Im Grunde setzte der Schuman-Plan die Pläne der NS-Großraumordnung für Europa fort, weshalb er bis heute von englischer Seite angegriffen wird mit dem Verweis auf die „undemokratischen Ursprünge der Europäischen Idee“.<sup>36</sup> Der Plan war in der Tat auf die kontinentaleuropäische Vormachtstellung der französisch-deutschen Stahlindustrie gerichtet, und darüber ignorierte er die Konkurrenz aus den USA und Asien auf dem offenen Weltmarkt. Die Illusion einer dauerhaft stabilen Wettbewerbsfähigkeit trug schon bald dazu bei, die Modernisierung der Stahlindustrie und Investitionen in die Stahlforschung zu verlangsamen und sehr lange, vielleicht allzu lange, auf die industriewirtschaftliche Abhängigkeit von Kohle und Stahl zu vertrauen.<sup>37</sup>

Ich unterbreche an dieser Stelle den ereignisgeschichtlichen Bericht und verweise nur mit Stichworten auf die weitere Entwicklung.<sup>38</sup> Aus dem Schuman-Plan ging 1951/52 die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, die sogenannte Montanunion, hervor. Nach diesem Vorbild sollte bis 1954 auch eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine Europäische Politische Gemeinschaft geschaffen werden. Die USA unterstützten diese Pläne durchgängig mit Nachdruck, aber die Sache scheiterte am Veto des französischen Parlaments im Oktober 1954. An die Stelle der supranational geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft trat die atlantische Militärallianz der NATO, die ganz traditionell als Bündnis souveräner Einzelstaaten organisiert war. Militär und Außenpolitik verblieben deshalb in der Kompetenz der Nationalstaaten, aber das Oberkommando übten die Amerikaner aus. Die europäische Integration lief auf der wirtschaftlichen Ebene weiter. Auf die Montanunion folgten 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Montanunion, EWG und Euratom wurden 1965/67 zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengelegt, und damit begann die Entwicklung des Europarechts, das Vorrang besitzt vor dem nationalen Recht der

36 John LAUGHLAND, *The Tainted Source. The Undemocratic Origins of the European Idea*, London 1997.

37 John GILLINGHAM, *Coal, Steel, and the Rebirth of Europe 1945–1955. The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community*, Cambridge 1991; DERS., *Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 35 (1987), S. 1–24; Klaus SCHWABE (Hg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51*, Baden-Baden 1988; COMMUN, *Von der deutschen Besatzung* (wie Anm. 24), S 220.

38 Vgl. dazu KNIPPING, *Rom*, 25. März 1957 (wie Anm. 4).

Einzelstaaten. Zuvor war im Januar 1963 der deutsch-französische Freundschaftsvertrag geschlossen worden, den Briten und Amerikaner zunächst missbilligten, von dem aber wichtige Anstöße zur kulturellen Zusammenarbeit der EWG- und EG-Länder ausgingen. Die EG wurde ab den 1970er Jahren Zug um Zug von sechs auf 15 Mitgliedsländer erweitert. Im Vertrag von Maastricht 1992 wurde die EG mit anderen europäischen Institutionen zur Europäischen Union, der heutigen EU, zusammengeführt.

### III.

Fragen wir im nächsten Schritt nach der historischen Bedeutung des Prozesses, der bis zur Montanunion und EWG, also bis in die 1950er Jahre, führte. Wir sehen hier, dass es seit dem Ende des Ersten Weltkriegs Versuche gab, die politische Gliederung Westeuropas in verschiedene Staaten wirtschaftlich zu unterlaufen – sei es durch Eroberung und Beschlagnahme des je gegenüberliegenden Montanreviers, sei es durch freiwillige oder erzwungene Zusammenarbeit, sei es schließlich durch supranationale wirtschaftspolitische Integration. Immer ging es um die Montanindustrie.<sup>39</sup> Die europäische Einigung, wie wir sie kennen, ist aus den wirtschaftlichen Zwängen eines Zeitalters erwachsen, als die industriewirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der industrielle Modernitätsstandard von der Eisen- und Stahlproduktion determiniert wurde. Dieses Zeitalter begann mit der Industrialisierung Westeuropas ab etwa 1850/1860, und es endete, als sich der Zusammenhang von Kohle und Stahl Anfang der 1960er bis etwa zum Ende der 1980er Jahre auflöste.

Zuerst begann das Erdöl die Kohle als wichtigsten Energieträger abzulösen.<sup>40</sup> Damit veränderten sich nicht nur die Arbeitsbedingungen in den Montanrevieren. Vielmehr konnte Stahl jetzt an Standorten produziert werden, wo es keine Kohle gab und wohin aus Kostengründen auch niemals Kohle hätte transportiert werden können. Die Konkurrenz aus Asien nahm zu, weil dort Stahl billiger hergestellt wurde als in der EWG. Im Ruhrgebiet verlor der Kohlebergbau seine tragende Funktion, und damit war die gesamte Lebenswelt der Bevölkerung bedroht. Der Staat griff mit Stützungsmaßnahmen ein und

39 „Man müsse, so meinten viele, die Fabriken verheiraten, um den Frieden zu sichern. Die Auffassung war verbreitet, aber keineswegs unumstritten. Der Stahlindustrie kam hier eine Schlüsselrolle zu.“ Clemens WURM, *Deutsche Frankreichpolitik und deutsch-französische Beziehungen in der Weimarer Republik 1923/24–1929. Politik, Kultur, Wirtschaft*, in: Klaus SCHWABE/Francesca SCHINZINGER (Hg.), *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert*, Teil 2: *Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1994, S. 137–157, hier S. 151.

40 Werner ABELSHAUSER, *Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945*, München 1984; Karl LAUSCHKE, *Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlekrise 1958–1968*, Marburg 1984; Christoph NONN, *Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969*, Göttingen 2001.

verzögerte so den Niedergang im Ruhrrevier. In Lothringen rentierte sich die Stahlproduktion nicht mehr, denn die Kosten waren zu hoch, wenn die dortigen Stahlwerke auf dem Weltmarkt konkurrieren mussten. Auch im Ruhrgebiet kam die Stahlproduktion in eine schwere Krise, aber sie konnte durch die Verwendung von höherwertigem Eisenerz als dem französischen und neue Energieträger (Erdöl und Strom) aufgefangen werden. Nur: der Niedergang des Kohlebergbaus wurde dadurch noch beschleunigt. Die Welt der Industriearbeiter, wie man sie seit 1890/1900 kannte, verschwand unaufhaltsam. Hier ging ein hochkomplexes soziokulturelles System langsam zugrunde.<sup>41</sup> Das geschah im mittelenglischen Industrieviertel genauso wie in Lothringen, Belgien, dem Saarland oder Ruhrgebiet, und es war vergleichbar auch schon in den USA abgelaufen, im Industrieviertel zwischen Pittsburgh und den Großen Seen.

Im EWG-Europa hatte der Niedergang allerdings andere Folgen als in England oder Amerika. Denn mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau in den 1950er Jahren wurde der Aufbau beziehungsweise Ausbau des Sozialstaats in seiner kontinentaleuropäischen Form verkoppelt: Tarifpartnerschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften im Montanbereich, Einführung der dynamischen Rente, Reduktion der Wochenarbeitszeit mit dem Zugewinn des arbeitsfreien Samstags, um nur einige Beispiele zu nennen. Das Verständnis von Sozialstaatlichkeit blieb im Sechser-Europa der EWG in hohem Maß mit dem industriewirtschaftlichen Ordnungssystem der Wiederaufbauzeit gekoppelt.<sup>42</sup> Mechanische Produktionsprozesse und im Handwerk grundlegende Industriearbeit blieben lange dominierend, als Automatisierung in den 1960er Jahren anderswo längst zum Durchbruch gekommen war und in den 1970er Jahren der Übergang von der Mechanik zur Elektronik erfolgte. Die europäischen Industrien waren um 1950 mit einem hohen Tempo und schwindelerregenden Wachstumsraten in den Nachkriegsboom eingetreten. Der Boom ermöglichte den Ausbau des Sozialstaats und die Entstehung des Wohlfahrtsstaats.<sup>43</sup> Da gerade in der Kohle- und Stahlbranche die Bergwerke und Hüttenwerke infolge der Kriegsschäden erneuert werden mussten, unterblieb die technische Mo-

---

41 Josef MOOSER, *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt/M. 1984.

42 Zur deutschen Entwicklung vgl. Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; Axel SCHILDT u.a. (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Hans Günter HOCKERTS (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998. Zur internationalen und britischen Entwicklung siehe Gerhard A. RITTER, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 1989; Nicholas TIMMINS, *The Five Giants. A Biography of the Welfare State*, London 1995.

43 Hartmut KÄELBLE (Hg.), *Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa*, Opladen 1992.

dernisierung. Und da sich bis zum Ende der 1950er Jahre und dann noch einmal in den Sechzigern der Produktionszusammenhang von Kohle und Stahl im Wettbewerb behaupten konnte, setzte die nötige Forschung zur Modernisierung der Stahlproduktion, von Ausnahmen abgesehen, spät ein. Anders als England, anders als Japan und anders als die USA blieben die technisch so modernen und wirtschaftlich so erfolgreichen EWG-Länder länger, als ihnen zuträglich war, im Kulturzusammenhang der industriellen Welt des Zeitalters von Kohle und Stahl hängen. So wurde das amerikanisch durchformte Marshall-Plan-Europa, das integrierte Vereinte Europa in der Westhälfte des Kontinents, allmählich zum „alten Europa“.

Bevor wir auf Rumsfeld zurückkommen, müssen wir aber einen kurzen Blick über die Demarkationslinie des Ost-West-Konflikts in den Ostblock werfen. Dort hatte die Sowjetunion die Maßstäbe gesetzt, die noch in den 1920er Jahren mit einer rabiaten Aufholjagd auf dem Feld der Industrialisierung begonnen hatte und sich anschickte, mit dem Deutschen Reich und vor allem mit den USA zu konkurrieren. Die Industrialisierung in der Sowjetunion war zu einem guten Teil auf die Errichtung von Eisenhüttenkombinaten riesenhaften Ausmaßes konzentriert. Nach 1945 zogen die sozialistischen „Bruderländer“ im sowjetischen Block nach. In Polen entstand 1954 Nova Huta als Stahlkombinat mit moderner sozialistischer Wohnstadt direkt bei Krakau, in der DDR 1950 die „erste sozialistische Stadt“ für die Beschäftigten des Eisenhüttenkombinats Ost, die zuerst Stalinstadt, dann Eisenhüttenstadt hieß.<sup>44</sup> In viel krasserer Form als in den marktwirtschaftlichen Ländern des Westens blieben in der staatlichen Planwirtschaft des kommunistischen Blocks Maßnahmen zur Anpassung der Industriestruktur an den technisch-wissenschaftlichen Wandel und die marktbedingten Veränderungen der Weltwirtschaft aus. Bevor am Ende der 1960er Jahre im Westen die Automatisierung in der Industrieproduktion einsetzte, hatten die sozialistischen Länder kurzzeitig beinahe gleichgezogen, ab 1969/70 fielen sie zurück, in den 1980er Jahren brachen sie zusammen. Die Revolution von 1989/90 besiegelte schließlich den Kollaps völlig erschöpfter, erneuerungsunfähiger, überholter Industriesysteme.<sup>45</sup>

Im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre kam in Europa beiderseits der politischen Demarkationslinie die traditionelle Welt der Schwerindustrie langsam an ihr Ende, die das Gesicht der europäischen Industrieländer im 20. Jahrhundert konturiert hatte. Die Schwerindustrie bestimmte die Kriege, der Erste

---

44 *Aufbau West, Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit*, hg. v. Rosmarie BEIER, Ostfildern-Ruit 1997.

45 Charles S. MAIER, *Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany*, Princeton, N. J. 1997; André STEINER, *Wirtschaftsgeschichte der DDR*, in: Rainer Eppelmann (Hg.), *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, Paderborn u.a. 2003, S. 229–238.



Weltkrieg war zugleich der erste „Maschinenkrieg“ der Geschichte. Die Schwerindustrie hatte die Konzeptionen der Nachkriegsordnung nach 1918 und 1945 maßgeblich beeinflusst, und das Macht- und Expansionsstreben von Industrieunternehmen hatte sich mit dem nationalistisch aufgeheizten Klima in den europäischen Ländern verwoben. Die Tatsache, dass die nationalsozialistische Vision eines Großwirtschaftsraums „Europa“ auch von französischen Industriellen für sinnvoll erachtet wurde, obwohl beide Länder innerhalb von 70 Jahren drei Kriege gegeneinander führten, verweist auf die dynamische Kraft des Ressourcenproblems „Kohle und Eisenerz“. Die Dynamik war so stark, dass nach den Erfahrungen mit einer fehlgesteuerten ökonomischen und politischen Friedensordnung nach 1918 die Amerikaner seit 1944/45 daran gingen, die Ordnungspolitik im Großwirtschaftsraum Europa nach den eigenen Vorstellungen zu bestimmen. Der Nachkriegsboom, der von 1948 bis etwa 1973/75 anhielt, verleitete aufgrund seiner langen Dauer die EWG-Europäer zu dem Glauben, dass ihr Industriesystem, ihre Wirtschaftsstruktur und die darauf gegründete Wohlfahrtsstaatlichkeit von Dauer sein würden. Aber das Industriesystem überholte sich allmählich, und die Europäer – die EWG-Europäer, wohlgemerkt – unterließen es, frühzeitig darauf zu reagieren. Amerikaner und Briten mit ihren anderen ordnungspolitischen Traditionen begannen schon 1979/80, rigide umzusteuern.<sup>46</sup> In zwei Jahrzehnten, von 1980 bis 2003, lebten sich deshalb auch die Gesellschaften und ihre Repräsentanten in Politik und Wirtschaft zunehmend auseinander. Westeuropa blieb in das Lebensgefühl und die Handlungsmuster seiner amerikanisch durchformten Nachkriegszeit eingesponnen. Die Vereinigten Staaten hatten längst eine andere Richtung eingeschlagen. Das war es, was Rumsfeld mit dem „alten Europa“ meinte, als er 2003 feststellen musste, dass sich auch die tagespolitischen Interessen weit auseinanderentwickelt hatten. Für die Europäer war es ein ernst zu nehmendes Signal, ihr etwas verschlissenes, industriegewirtschaftliches und sozialökonomisches Inventar aufzumöbeln.<sup>47</sup>

#### IV.

Nun würden wir fehlgehen, wenn wir es bei diesem doch eher skeptisch und vor allem so außerordentlich materiell gefärbten Bild von Europa im ameri-

---

46 David STOCKMAN, *Der Triumph der Politik. Die Krise der Reagan-Regierung und ihre Auswirkung auf die Wirtschaft*, München 1986; William A. NISKANEN, *Reaganomics. An Insider's Account of the Policies and the People*, New York/Oxford 1988; Hans-Peter FRÖHLICH, *Das Thatcher-Jahrzehnt. Eine wirtschaftspolitische Bilanz*, Köln 1990; Dominik GEPPERT, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswechsel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002.

47 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 55 (2007) 4, S. 559–581.

kanischen Jahrhundert beließen. Die amerikanisch beeinflusste westeuropäische Integration hat nach 1945 maßgeblich dazu beigetragen, die krassen nationalistischen Vorurteile zwischen europäischen Gesellschaften erheblich zu verringern. Die europäische Integration begann ganz sachte damit, dass in den frühen 1950er Jahren die Visumpflicht abgeschafft wurde, zum Beispiel wenn man von Deutschland nach Holland, von Köln nach Utrecht, reisen wollte. Später fiel die Passpflicht, noch später fielen überhaupt die Ausweiskontrollen an den Grenzen. Wer heute mit dem Auto oder der Bahn durch Europa fährt, kann sich gar nicht mehr vorstellen, was für ein Kontinent das 1945 oder 1950 gewesen ist. Es war ein Kontinent der Grenzen, der Grenzkontrollen, der gegenseitigen Abschottung, des gegenseitigen Misstrauens, auch der gegenseitigen Nichtwahrnehmung. Das galt vor allem in kultureller Hinsicht. Im Schatten der europäischen Wirtschaftsintegration wurde im Verlauf von vier Jahrzehnten ein kultureller Austausch, eine Angleichung von Lebensstilen und Alltagsgewohnheiten möglich, die ebenfalls vom amerikanischen Modell beeinflusst waren und zu einer weitgehenden Überwindung der nationalpolitischen Gegensätze beigetragen haben. Das gilt für Westeuropa. Diese Entwicklung auf Ostmitteleuropa zu übertragen, ist die Aufgabe der Zukunft.

Wenn wir heute darauf schauen, wo Bruchlinien in Europa verlaufen, dann finden wir sie nicht mehr an den Grenzen der Nationalstaaten, sondern dort, wo sie in der Spätantike, im Mittelalter und der Frühen Neuzeit entstanden sind. Es sind die Bruchlinien zwischen der römischen und der orthodoxen christlichen Kultur, zwischen der christlichen und der muslimischen Kultur. Und natürlich finden wir sie zwischen wirtschaftlich-technisch dynamischen Regionen und den wenig entwickelten ländlichen Regionen. Wir entdecken aufs neue Grenzen zwischen Kulturräumen und zwischen Wohlstand und Armut. Diese Grenzen sind in einem doppelten Sinne europäisch, denn sie verlaufen in der Geographie unseres Kontinents, aber sie verlaufen auch innerhalb unserer Städte und Gesellschaften. Es bleibt zu hoffen, dass daraus nicht völlig andere postindustrielle Konflikte im postamerikanischen Jahrhundert entstehen.